

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

22. Dezember 1948

Blatt 1881

Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat

=====

Am Schluß der gestrigen Budget-Verhandlungen im Wiener Gemeinderat wurde die Geschäftsgruppe X, Ernährungsangelegenheit, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Jonas, SPÖ). Er stellte eingangs fest, daß in seiner Geschäftsgruppe nicht so wie bei einer Reihe anderer Gruppen für das kommende Verwaltungsjahr große Programme aufgestellt werden können. Es sei ihm nur vergönnt, einen Bericht über das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das kommende zu geben.

Nach dem landwirtschaftlichen Aufbringungsgesetz ist die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Güter Landessache. Seit diesem Jahr fällt die Aufbringung für die Randgemeinden weg. Es wurde **auch** eine einvernehmliche Trennung der Kontingente vorgenommen. Bei der Ablieferung des Landes Wien ist ein großer Teil des Kontingentes erfüllt worden. Bei Brotgetreide wurde das Kontingent zu 104.4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu 38 Prozent bis 30. November dieses Jahres erfüllt; Gerste zu 57.5 Prozent, Hafer zu 67.3 Prozent, Mais zu 55.6 Prozent und Kartoffeln zu 90.4 Prozent gegenüber nur 53 Prozent im Vorjahr. Die Ablieferung von Fleisch wurde durch den Futtermittelmangel wesentlich beeinflusst. Das Kontingent wurde zu 391.3 Prozent bei Rind-, Kalb- und Pferdefleisch, und zu 76.8 Prozent bei Schweinefleisch erfüllt. Die Ablieferung von Milch ist durch die außerordentlich günstige Leistung der Wiener Meiereien gleichfalls zu 165.7 Prozent erfüllt worden. Hiezu bemerkte StR. Jonas, daß von den Meiereibetrieben 5.5 Liter pro Kuh und Tag, während von landwirtschaftlichen Kuhhaltern nur 1.6 Liter abgeliefert werden. (Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten.) Dabei ist eine Steigerung durch Verteilung von Futtermitteln noch möglich.

Auch bei Eiern ist ein gutes Ablieferungsergebnis zu verzeichnen. Das Kontingent von 630.000 Stück wurde zu 100,5 Prozent erfüllt. Damit steht Wien an erster Stelle. In diesem Zusammenhang dankte StR. Jonas den Aufbringungsausschüssen für ihre aufopferungsvolle Arbeit (Beifall bei der SPÖ).

Dann machte der Referent Mitteilungen über eine Wiener Landarbeitsordnung, die in Vorbereitung ist, und dem Wiener Landtag zeitgerecht vorgelegt werden wird. Damit wird der unbefriedigende Rechtszustand auf dem Gebiet der Landarbeitsordnungen aufgehoben werden.

Das Marktamt der Stadt Wien hat im vergangenen Jahr ausserordentlich viel Arbeit zu leisten gehabt. 46 öffentliche Märkte und 3 Viehmärkte, von denen 2 Gemüsegrossmärkte, der Pferdemarkt in Margareten und 2 Kleinhandelsmärkte heuer eröffnet wurden, werden von ihm betreut. Bei 23 Marktanlagen waren auch beträchtliche Aufwendungen für die Behebung der Kriegsschäden notwendig. Die verbesserte Beschickung der Märkte macht sich bei den erhöhten Einnahmen des Marktamtes bemerkbar. Allerdings ist sie noch immer nicht zufriedenstellend. Besonders die hohen Preise nach Aufhebung der Bewirtschaftung für Gemüse und Obst traten störend in Erscheinung. Die Spitzenanlieferung an Gemüse betrug am 18. August 550.000 Kilogramm, an Obst am 18. September 510.000 Kilogramm. Dabei wurden auch beträchtliche Importe gemacht. Am 26. Juli betrug die höchste Beschickung der Märkte mit Importgemüse 180.000 Kilogramm, am 17. September mit importiertem Obst 160.000 Kilogramm. Ein besonders glücklicher Umstand hat heuer auch grosse Pilzzufuhren gebracht. Insgesamt wurden 955.000 Kilogramm angeliefert. Dazu stellte StR. Jonas ausdrücklich fest, dass durch die auf den Märkten gebrachten Pilze keine einzige Vergiftung festgestellt wurde.

Die Tätigkeit der Marktamtsorgane als Markt- und Lebensmittelpolizei wurde von den Problemen der Übergangswirtschaft beeinflusst. Insgesamt wurden 25.543 Amtshandlungen durchgeführt, von denen 4722 an die Gerichte und 3127 an die Preisüberwachungsstelle übergeben wurde. Amtshandlungen und Anzeigen wegen Vergehen gegen das Bedarfsdeckungsstrafgesetz gab es 3627.

Ausserordentlich günstig haben sich die regelmässigen Prüfungen von Wurst, Brot und Feinbackwaren durch das Marktamt ausgewirkt.

Das Veterinäramt konnte heuer seinen 50-jährigen Bestand begehen. Es versieht vor allem den veterinärärztlichen Dienst in den Schlachthanstalten und auch in den Bezirksstellen. Dank seiner Arbeit blieb Wien in diesem Jahr von Tierseuchen verschont.

Die Schlachtungen in St. Marx weisen leider eine rückläufige Bewegung auf. Nur bei einer einzigen Art ist eine Steigerung zu verzeichnen: Allein im November wurden 2239 Ziegen geschlachtet. Insgesamt gingen über den Zentralviehmarkt 49.224 Tiere, gegenüber 70.716 im Jahr 1947. StR. Jonas betonte die Wichtigkeit des Wiederaufbaues dieser Anlagen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass nach 1949 grössere Geldmittel für den Wiederaufbau bereitgestellt werden.

Dann ging der Referent auf die Agenden des Landesernährungsamtes ein und gab einen Überblick über die grosse verwaltungstechnische Arbeit, die dort geleistet wird. Die Zahl der vom Landesernährungsamt versorgten Personen betrug am 29. November ohne den Randgemeinden 1,599.900. Davon werden 7687 mit Schwerstarbeiterzulagekarten beteiligt, 169.436 mit Schwerarbeiterkarten, 389.282 mit Arbeiter- 17.634 mit Mütterkarten und 30.716 mit Karten, die für die werktätige Jugend ausgegeben werden. Vom Landesernährungsamt Wien werden in einer Periode ausgegeben: 1,599.900 Normalverbraucherkarten, 611.755 Zulagekarten, 1,316.797 Raucherkarten, 4.214 Selbstversorgerkarten und 281.376 Milchkarten. Insgesamt also 3,814.000 Karten, die jede Periode von den Organen des Landesernährungsamtes verteilt werden müssen. Die Aufgabe und Rückverrechnung wird von 155 Karten- und Verrechnungsstellen besorgt. Dazu kommen noch die Werkküchen und Anstalten.

StR. Jonas kam auch auf die Krankenzulagenkarten zu sprechen, deren Beteiligung er als besonders schwierig bezeichnet, weil diese im Ernährungsplan nicht eingebaut sind. Die Lebensmittel dafür werden aus Restbeständen, aus Zuwendungen der Wirtschaftsverbände und aus Beschlagnahmungen aufgebracht.

Derzeit erhalten rund 30.000 Personen Krankenzulagekarten. StR. Jonas forderte in diesem Zusammenhang den Einbau dieser Karten in den Ernährungsplan.

Er teilte auch mit, daß die Zahl der Wiener, die ihren Urlaub vom 6. Mai bis 12. September außerhalb der Stadt verbracht haben, 640.000 Personen beträgt, wie aus den Abmeldungen ersichtlich ist.

Dann gab der Referent einen Überblick über die von der Polizei in diesem Jahr beschlagnahmten Lebensmittel, die an Anstalten, auf Krankenzulagekarten und an Werkküchen abgegeben wurden. Insgesamt konnten 231.300 Kilogramm Lebensmittel und 890 Dosen sowie 177.171 Stück Eier beschlagnahmt werden. Darunter sind 2411 Kilo Butter, 10.784 Kilo Schweinefleisch, dann Rindfleisch, Kalbfleisch, Schmalz, Wurst, Käse, Getreide, Weißmehl, Reis und allein 52.034 Kilogramm Zucker.

Die Milchversorgung ist durch die günstige Futtermittelversorgung und die Stützung des Milchpreises seit Jänner stets gestiegen. Anfang Jänner waren es täglich 130.000 Liter, die sich bis 29. Oktober auf 410.603 Liter steigerten. Die Zahlen schwanken jetzt jahreszeitlich bedingt um 300.000 Liter. Insgesamt wurden vom 1. Jänner bis 30. November dieses Jahres 84 Millionen Liter angeliefert, während es in der gleichen Zeit des Vorjahres 51 Millionen waren. Aber das ist noch immer zu wenig, denn es können an Erwachsene noch immer nur 2 bis 4 Achtel Liter Magermilch in der Woche ausgegeben werden; an Kinder bloß täglich ein Viertel Liter Frischmilch und an die Jugendlichen nur sechs Achtelliter Magermilch in der Woche.

Zur Erdäpfelversorgung stellte StR. Jonas fest, daß in der letzten Zeit einige Klagen über Knappheit laut geworden sind. Im Ernährungsplan für Wien sind jedoch 162.000 Tonnen Kartoffel für das Jahr vorgesehen. Das sind pro Periode 12.461 Tonnen und pro Woche 3.115 Tonnen Erdäpfel. Bis 30. November wurden 107.848 Tonnen ausgegeben, das sind mehr als 34 Wochen, also bis Anfang März nächsten Jahres. Bei denen, die Einlagerscheine haben, wurde das Quantum im Durchschnitt zu 84 Prozent gedeckt. Das heißt, daß sie bis Mitte Mai mit Erdäpfel versorgt sind. StR. Jonas stellte dazu noch fest, daß vor allem zwei Ursachen die Erdäpfelversorgung ungünstig beeinflusst haben: Die Gerüchte um die Freigabe der Erdäpfel, sodaß manche Leute glaubten, ihre Erdäpfel auf die

Karten nicht kaufen zu müssen, während andererseits die Gerüchte um den Schilling vielleicht die Ablieferung gestört haben. Er teilte noch mit, daß das Ernährungsministerium in Wien ein Lager von 5000 Tonnen Erdäpfel angelegt hat. Abschließend stellte StR. Jonas fest, daß die Wiener Anlaß haben, sich über die Verbesserung im Ernährungswesen zu freuen. Aber es muß auch ausgesprochen werden, daß die Ernährungslage nicht ohne Gefahr ist. Gegenwärtig erleben wir eine Störung bei der Fettversorgung. Die Übergangsprobleme haben die Arbeit im heurigen Jahr wesentlich erschwert. Er forderte sowohl die Konsumenten als auch die Produzenten auf, jetzt, wo wir auf dem besten Weg zu einer normalen Versorgung sind, mehr Disziplin zu üben. Er verwahrte sich gegen die Meinung, daß die Bewirtschaftung nur zur Sicherung der Existenz der betreffenden Beamten aufrechterhalten werde und verwies darauf, daß sich das Landesernährungsamt immer bemüht habe, Erleichterungen zu schaffen; in letzter Zeit durch die Aufhebung der Rayonierungspflicht für Kindernährmittel und durch die Möglichkeit eines wahlweisen Bezuges von Kochmehl oder Teigwaren. Er machte die Mitteilung, daß auch Verhandlungen mit dem Ernährungsministerium um den wahlweisen Bezug von Brot oder Mehl und Aufhebung der Rayonierung für Brot und Mehl im Gange sind.

StR. Jonas sprach unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen den Dank an die Arbeiter und Angestellten der Geschäftsgruppe X aus und dankte auch den alliierten Stellen, die an der Versorgung der Stadt Wien mit Lebensmittel mitgeholfen haben. Er dankte aber auch der Wiener Bevölkerung, daß sie in der Zeit der geringen Möglichkeiten der Lebensmittelversorgung so viel Geduld und Verständnis aufgebracht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Als erster Debatteredner sprach GR. Lauscher (KPÖ):

Die kalorienmäßige Lebensmittelversorgung habe sich zwar gebessert, die Zusammensetzung der aufgerufenen Lebensmittel sei aber noch lange nicht entsprechend.

Es werden noch immer zu wenig eiweiss- und kohlehydrathältige Lebensmittel aufgerufen. Vor 1938 bestand die Ernährung der Wiener zu ca. 40% aus tierischen Produkten, heute müssen sie sich mit 15% begnügen. Die arbeitende Bevölkerung leidet noch sehr unter dem Mangel an Frischfleisch und Fett. Hier könnte nur eine durch restlose Erfassung der heimischen Ernte und eine gerechte Verteilung derselben eine Besserung geschaffen werden. Diese könnte nur durch eine Zusammenlegung des Ernährungs- und des Landwirtschaftsministeriums erreicht werden. Es müsse jedenfalls alles getan werden, um die Ernährung auf einen Stand zu bringen, der unseren Erfordernissen entspricht.

GR.Lauscher sprach dann weiter über die Gemüseversorgung. Es wird behauptet, dass sich die Belieferung mit Gemüse als Folge der Aufhebung der Bewirtschaftung gebessert habe. Der Redner bewies an Hand einer Statistik, dass dies nicht den Tatsachen entspricht. Im Jahre 1937 seien 141.600 Tonnen, im Jahre 1947 rund 43.000 Tonnen und im heurigen Jahr bis Ende November 51.000 Tonnen Gemüse auf die Wiener Märkte geliefert worden. Diese Statistik zeigt, dass heuer erst die Hälfte an Gemüse im Vergleich zum Jahre 1937 geliefert wurde. Wären die Gemüsepreise nicht so hoch gewesen, hätte auch die ärmere Bevölkerung genügend Gemüse kaufen können. Dann hätte allerdings das angelieferte Gemüse nicht ausgereicht, den Bedarf zu decken.

Die Schwierigkeiten in der Erdäpfelversorgung scheinen trotz der nicht schlechten Erdäpfelernte noch immer nicht überwunden zu sein. Auch heuer gab es im Juli wieder einen Stau an Erdäpfeln, da die zuständigen Behörden nicht die notwendigen Massnahmen getroffen, um dies zu verhindern.

Es wurde der Bevölkerung mit Beginn der 45. Versorgungsperiode eine bessere Versorgung mit Frischfleisch versprochen, Bis jetzt hat diese jedoch auf sich warten lassen. Der Redner meint, dass auch die Wiener Bevölkerung das Recht hat, in gleicher Höhe mit Frischfleisch versorgt zu werden wie die Bewohner der Bundesländer.

Der Redner verlangte dann noch, dass die Preistreiberei, die mit Ziegenwurst getrieben wird, verhindert werden soll.

Desgleichen solle getrachtet werden, daß zur Herstellung von Blutwurst besseres Material als bisher verwendet wird.

Einen ausgesprochenen Skandal stellt nach Meinung des Redners die Entwicklung der Preise für Zuckerwaren, Schokolade und Bäckerei nach der Aufhebung der Bewirtschaftung dar. Die früheren Schwarzmarktpreise wurden nicht nur legalisiert, sondern werden heute noch weit übertroffen. Er regt schließlich an, den kleinen Gastwirten die Möglichkeit zu geben, Speisen zu volkstümlichen Preisen verabreichen zu können.

Das Jahr 1948 war reich an Appellen, schönen Worten und großen Versprechungen, war auch reich an kräftigen Worten über energisches Einschreiten, aber sehr arm an wirklichen Taten. Die hohen Preise drücken schwer den Lebensunterhalt der Wiener Bevölkerung und machen es vielen Familien nicht mehr möglich, die aufgerufenen Lebensmittel zu beziehen. Die Kommunisten fordern zu einer wirklich entscheidenden Verbesserung der Ernährung nach wie vor die restlose Erfassung, Aufbringung und gerechte Verteilung der heimischen Ernte, mehr Frischfleisch, Zucker, Eier und Milch, die Durchführung der angekündigten Brotverbesserung und eine für die arbeitende Bevölkerung erträgliche Preispolitik. Diese Forderungen sind auch die Forderungen der Wiener Bevölkerung und können erfüllt werden.

GR. Dr. Hengl (ÖVP) sieht in einer ausreichenden Produktion und Vorratslage die Möglichkeit, von unnötigen Zwangsmaßnahmen in der Ernährungswirtschaft absehen zu können. Er unterstreicht die Leistung der eigenen österreichischen Landwirtschaft und verweist mit besonderem Stolz auf die Tatsache, daß die Landwirtschaft in den Wiener Randbezirken bezüglich Produktion und Ablieferung an der Spitze aller Bundesländer steht, was die besondere Verbundenheit dieser Bauern mit der städtischen Bevölkerung beweist. (Beifall bei der Volkspartei.) Die Wiener Bauern haben ihr Brotgetreidekontingent mit über 100 %, das Kartoffelkontingent mit über 90 %, das Fleischkontingent mit fast 380 %, das Eierkontingent mit 100 % und das Milchkontingent mit 180 % erfüllt. Diese Leistungen werden in unserer gesamten Presse leider nicht entsprechend gewürdigt.

Auch die Wiener Gärtner einschliesslich der Siedler und Kleingärtner haben grosse Leistungen vollbracht und den Wiener Gemüsebedarf reichlich und dem Geschmack entsprechend decken können. Der Redner verweist auf die namhafte Qualitätsverbesserung des Biers und regt grössere Zuweisungen für die Erzeugung markenfreier Gerichte in den Gasthäusern an. Die Bevölkerung wäre sehr froh, wenn sie von der unverständlichen Kalorienverrechnung nichts mehr wissen würde.

Der Redner betont den Anteil der Gewährung kostendeckender Preise an der beachtlichen Ablieferungsleistung der Landwirtschaft und fordert zur Ausweitung des Zuckerrübenbaues eine baldige Zuerkennung der notwendigen Zuckerrübenpreise. Unsere Landwirtschaft braucht Kraftfuttermittel aus dem Ausland und würde gerne auch Futtermais aus dem Osten und Südosten beziehen, wenn sie ihn in entsprechender Menge und zu entsprechenden Preisen erhält. Bei der Auflassung von Märkten müsse auf die Existenz der Geschäftsleute Rücksicht genommen werden.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Beschlussfassung über das Pflanzenschutzausführungsgesetz hebt GR. Dr. Ing. Hengl die mustergültig geleitete Bekämpfung der San José - Schildlaus in den Wiener Siedlungen und Kleingärten hervor und beklagt das merkliche Nachlassen der Suchfreudigkeit nach dem Kartoffelkäfer. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die kommende Landarbeitsordnung im gegenseitigen Interesse der Wiener Bauern und ihrer Arbeitnehmer baldigst im vollen Einvernehmen beschlossen wird.

Abschliessend dankt der Redner der Volkspartei der verständnisvollen Mitarbeit der Bauernschaft und spricht die Hoffnung aus, dass die Wintergetreideflächen trotz der schneelosen Kälte den Winter gut überstehen, damit die Bedarfsdeckung unserer gesamten Bevölkerung im kommenden Jahre noch grösser sein wird. Die Volkspartei werde für die Ansätze der Gruppe Ernährungsangelegenheiten stimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Antonie Alt (SPÖ): Wenn die Versorgung der Bevölkerung auch besser geworden ist, so ist sie doch noch nicht zufriedenstellend. Rednerin fordert im besonderen die Zuteilung grösserer Fleischrationen und wendet sich gegen die in der letzten Zeit

eingetretenen Preissteigerungen. Trotz der Lohnerhöhungen haben die Preise das Familienbudget in Unordnung gebracht, und zwar infolge der Profitgier gewissenloser Großhändler und Geschäftsleute, die sich nicht schämen, sich an der Not des Volkes zu bereichern und die den arbeitenden Menschen den letzten Groschen herauspressen. Seit der Aufhebung der Bewirtschaftung für Gemüse und Obst sehen wir, daß sich die Verbraucherpreise als eine Folge der freien Wirtschaft auf 100 bis 120 Prozent erhöht haben. Der sogenannte graue Markt sollte schmutziger Markt genannt werden, denn er ist nur für die Besitzenden da. Das Volksbegehren nach dem zweiten Markt war nur ein Schwindelmanöver und wollte die Ausbeutung der arbeitenden Schichten begünstigen. Rednerin setzt sich für die Ausgestaltung der legalen Märkte und Ausschaltung des immer zu Preiserhöhungen führenden Zwischenhandels ein. Sie unterstreicht an einigen Beispielen die für Textilwaren in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung. Ein Paar Strümpfe, das noch vor 3 Wochen 16 bis 18 Schilling kostete, kostet heute 27 Schilling. Dafür muß ein Arbeiter einen Tag lang arbeiten. Dazu kommen noch die Rechnungen für Gas, Licht, Beheizung, Rauchwaren und die durch die Betriebskosten erhöhten Zinse. Es ist daher kein Wunder, wenn in Plakaten die Bevölkerung zur Selbsthilfe aufgerufen wird. Das ist keine Parteipolitik, sondern unser gutes Recht. Die Selbsthilfe ist notwendig geworden, weil kein Appell genützt hat. Wir wollen keinen Käuferstreik inszenieren, obwohl uns das eine Leichtigkeit wäre, treten aber für eine Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen ein. Wir fordern, solange nicht genug Lebensmittel und Waren vorhanden sind, die Bewirtschaftung aller lebensnotwendigen Artikel, die Verbilligung der Textilwaren, außerdem schärfsten Kampf gegen die Schleichhändler, gegen die Preiswucherer und strengste Kontrolle seitens des Marktamtes und der Preisüberwachungsstellen. Bei Anhalten dieser Zustände kann es nicht zu Ruhe und Frieden in diesem Staate kommen, und es muß allen darangesetzt werden, um gerechte Preise herbeizuführen.

Rednerin appelliert an alle drei Parteien, den Kampf der arbeitenden Bevölkerung zu unterstützen, sie vor Preiswucher und Verelendung zu bewahren und ihr einen besseren Lebensstandard und eine bessere Zukunft zu sichern. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Fritsch (SPÖ) verweist zunächst auf die aus der Besetzung entstehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung. Wir sind für jede Hilfe aus dem Auslande dankbar, für die Hilfe der Roten Armee, der Alliierten, der UNRRA und auch der Amerikaner aus dem Marshallplan; wir wären aber ebenso dankbar, wenn es eine Stalin- oder Tithilfe geben würde, denn ein Ertrinkender schaut nicht, ob auf dem rettenden Brett das Sternbanner oder Sichel und Hammer sind. Die Ernährungslage ist noch immer unbefriedigend. Redner kann sich nicht der Meinung Dr. Hengels anschliessen, dass sich die österreichische Landwirtschaft besondere Verdienste erworben hätte. Verdienste schon, aber im anderen Sinne. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Parteigenossen.) Dieselbe Landwirtschaft, die 1937 fast drei Viertel unseres Bedarfes decken konnte, ist heute dazu nicht in der Lage. Wir haben in unsere Landwirtschaft schon viel investiert und müssen noch mehr hineinstecken, aber diese ungeheuren Mengen an Geld und Gütern haben sich nicht gelohnt, da ein Grossteil dem Schleichhandel oder den Selbstversorgern zugeführt wird. Redner verweist darauf, dass allein in einem kleinen Ort in der Oststeiermark 48 Schweine schwarz gehalten wurden. Solcher Orte gäbe es sicher zahlreiche in Österreich. Er bemängelt die unzureichende Ablieferung an Getreide, an Gerste, an Hafer und Mais und belegt diese mit zahlreichen Ziffern. Er ersucht den Amtsführenden Stadtrat, nach Möglichkeit ein Verbot der Erzeugung von Ziegenwurst zu veranlassen. Er warnt vor der Bildung von Getreidekartellen und schlägt in Hinblick auf den Rückgang des ^{Brot} Konsums vor, eine Sondervermahlung in dem Sinne durchzuführen, dass ein geringer Teil des Getreides besser ausgemahlen werde, um die Bevölkerung mit weissen Semmeln versorgen zu können (Zustimmung.)

Redner greift die Zustände im Viehwirtschaftsverband auf,

in dem die Großverteiler kriminelle Dinge begehen, wobei der Verband es unterlassen, die Betreffenden anzuzeigen. So werde man den Schleichhandel nicht bekämpfen. Die Strafe für Schleichhändler bezeichnete er als einen schlechten Witz, als viel zu gering, als eine Augenauswischerei. Er regt die Einstellung jüngerer und energischer Kräfte im Wiener Marktamt an, da die Marktpolizei zu wenig Organe habe. Der Fleischhandel solle zentral über die Großmarkthalle für Fleischwaren gelenkt werden, was umso leichter möglich sei, als Transportschwierigkeiten nicht mehr bestehen.

Wir verlangen, daß die Konsumenten in den Wirtschaftsverbänden besser vertreten werden und die Bewirtschaftung bei den wichtigsten Lebensmitteln, so bei Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Milch und Zucker unbedingt aufrecht erhalten bleibt. Dr. Hengl habe für die Landwirtschaft sehr viel Eigenlob übrig gehabt, aber Gewerbe und Industrie hätten weit mehr als die Landwirtschaft geleistet. In Wien müsse neben die soziale Wohnungspolitik auch eine soziale Ernährungspolitik treten. (Lebhafter Beifall.)

StR. Jonas betonte in seinem Schlußwort, daß er alle hier aufgeworfenen Probleme, die sich über den Wirkungsbereich der Wiener Behörde hinaus erstrecken, ausschalten wolle. Er beschäftigte sich dann im einzelnen mit den Ausführungen der Debattenredner.

StR. Jonas gab zu, daß die Zusammensetzung der Wiener Ernährung einseitig sein, doch sei diese Einseitigkeit schon während der Kriegszeit entstanden und nicht erst in den letzten Jahren. Daß Milch, Eier, Butter und Fleisch fehlen, ist eine Erscheinung, die in allen Ländern Europas auftritt, auch in jenen, die nicht am Krieg teilgenommen haben.

Über die Aufbringung sagte StR. Jonas, daß sie eine Angelegenheit des Bundes sei, und die Stadt Wien nur auf die Wichtigkeit der Aufgaben der österreichischen Landwirtschaft hinweisen könne. Er betonte, daß in Wien selbst, wie er schon ausgeführt habe, die Landwirtschaft ihrer Verpflichtung nachgekommen sei.

Zur Frage der Großhändler sagte der Referent, daß die Klein Händler es noch nicht gewohnt sind, selbst in das Marktleben einzugreifen. Sie verlassen sich zu sehr auf die Belieferung durch den Großhändler, und diese nützen nun die Situation aus. Beide Teile müssen sich wieder darauf einleben, daß der Klein Händler auf dem Markt gleichberechtigt mit dem Großhändler auftritt.

Zu den Befürchtungen des GR. Lauscher, dass sich die schlechten Erfahrungen bei der vorjährigen Erdäpfel einlagerung wiederholen werden, teilte StR. Jonas mit; dass das grosse Lager des Ernährungsministeriums vollkommen sachgemäss geführt wird.

Über die Forderung die im nächsten Jahr zur Verteilung kommenden Konserven gleichmässig auf die Länder aufzuteilen, sagte StR. Jonas, dass er der gleichen Meinung sei. Man müsse jedoch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass Wien die Konserven an die Länder weitergibt, von den Ländern aber die Tauschlieferungen an anderen Waren nicht bekommt oder lange warten muss.

Wegen der Ziegenwurst teilte StR. Jonas mit, dass die sogenannten ortsüblichen Preise bald laufend der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Den Wiener Gastwirten Kartoffel zukommen zu lassen, war leider nicht möglich, obwohl heuer im Herbst darüber verhandelt wurde, da leider ein abschlägiger Bescheid erteilt worden ist.

Zu den Ausführungen über die mangelhafte Fettversorgung betonte der Stadtrat, dass die Fettversorgung im besonderen Mass von den Zufuhren abhängig und deshalb so schwierig ist, weil die Fettknappheit eine allgemeine Erscheinung in der Welt darstellt. Die Befürchtungen, dass in der Neujahrswoche kein Fett ausgegeben wird, sind jedoch nicht begründet. Es werden vielmehr 27 Deka Schmalz aufgerufen. Es entstand nur dadurch eine Verzögerung, weil die Art des Fettes noch nicht bestimmt war.

Es wird bei jeder Gelegenheit den Vertretern Wiens der Vorwurf gemacht, dass hier noch immer der Schleichhandel in einem besonders grossen Ausmass vorherrsche. StR. Jonas stellte fest, dass die Waren hierfür aus den der anderen Bundesländer stammen.

Die Gemeinde Wien habe derzeit keine Möglichkeit, die Ablieferungspflicht für Einschweinehalter aufzuheben. Sie ist an dieser Art der Schweinehaltung nicht besonders interessiert, da sie nicht rationell ist.

Wegen der Herstellung von Dünger bemerkte der Referent, daß schon der frühere Stadtrat für Ernährungswesen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen eingeleitet habe. Bis jetzt habe sich nur der Verband der Siedler und Kleingärtner positiv dazu eingestellt.

Bezüglich der Förderungsbeträge betonte StR. Jonas, daß diese jährlich vom Landwirtschaftsministerium an die Landwirtschaftskammern überwiesen werden. Es wirke sich hier nachteilig aus, daß die niederösterreichische und Wiener Landwirtschaftskammer vereinigt seien. Die Gründung einer Kammer für Wien wäre empfehlenswert.

Die Bewirtschaftung von Gemüse sei vielleicht doch zu früh aufgehoben worden. Der Referent erwähnte in diesem Zusammenhang, daß es früher einmal einen kaufmännischen Ehrbegriff gegeben habe und daß der gute Ruf des Kaufmannes ein wesentlicher Bestandteil seiner Geschäftskapitalien war. Es habe sich jedoch gerade bei den Gemüsepreisen gezeigt, daß heute von diesen früheren Grundsätzen wenig übriggeblieben sei.

Die Zeiten des wirklichen Hungers sind vorbei und die Bevölkerung wird nicht mehr um jeden Preis die Ware kaufen, weil sie die Möglichkeit hat, auf verschiedene Weise den Bedarf zu decken. Daher sucht die Ware heute schon den Markt. Mit einem größeren Anfall auf den Märkten ist auch eine Vergrößerung der Märkte notwendig.

Man kann die Binsenwahrheit nicht oft genug wiederholen, daß die Bewirtschaftung bei den Grundnahrungsmitteln so lange aufrecht bleiben muß, so lange diese nicht in genügendem Maße vorhanden sind. Wir hätten die Fleischmisere nicht in diesem Umfang gehabt, wenn nicht vorher Produzenten wie Konsumenten von dem Gerede über den sogenannten zweiten Markt verführt worden wären, zu glauben, daß dann die Ware von selber komme. Die österreichische Wirtschaft kann nicht zwei Märkte beliefern; entweder sie beliefert den normalen Markt, dann bleibt für den Schwarzen Markt nichts übrig, oder sie beliefert den Schwarzen Markt dann bleibt für den normalen Markt nichts übrig. In dem Augenblick, da die Nahrungsmittel in genügendem Ausmaß vorhanden sind, wird die Bewirtschaftung fallen. Heute gibt es aber neben der sozialen Fürsorge und dem sozialen Wohnhausbau auch ein Problem der sozialen Ernährung.

Der wahlweise Bezug von Mehl und Teigwaren ermöglicht heute schon eine Erleichterung des Speisezettels. Die gleiche Ausgleichsmöglichkeit wollen wir durch den wahlweisen Bezug von Brot und Mehl schaffen.

Es gibt keine gesetzliche Bestimmung den Verkauf von Ziegenwurst zu verbieten, obwohl man sie früher weder produziert noch konsumiert hat. Im übrigen werden die Vorräte an Ziegenfleisch einmal ein Ende finden.

Der Möglichkeit, die Bezirksgrossverteiler im Fleischbezug abzuschaffen, steht die grosse Schwierigkeit des einmaligen Fleischauftrufes gegenüber, da man nicht allen Wiener Fleischhauern den Weg zur Grossmarkthalle zumuten kann.

Wir müssen, schliesst der Stadtrat, der städtischen Bevölkerung die Möglichkeit geben, durch eine bessere und eine gesündere Ernährung die Anfälligkeit für gewisse Krankheiten zu vermindern. Wenn wir die Dotierung der Kinderaufrufe verbessern können, werden wir den wirklichen Gefahrenzustand in unserer Ernährung überwunden haben. Dann wird es möglich sein, langsam und geordnet zu normaler Friedensernährung zu kommen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe X, Ernährungsangelegenheiten, einstimmig angenommen.

Unmittelbar nach der Sitzung des Wiener Gemeinderates fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Neubauer eine kurze Sitzung des Wiener Landtages statt. Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit wurde die Erledigung der Tagesordnung der nächsten Sitzung vorbehalten, die für Mittwoch, nach Beendigung der Beratungen des Wiener Gemeinderates einberufen wurde.

Präsident Dr. Neubauer schloss die Sitzung um 20.45 Uhr.

Der fünfte und letzte Sitzungstag des Wiener Gemeinderates begann Mittwoch, um 9 Uhr früh, unter dem Vorsitz des Bgm. Dr. h.c. Körner mit den Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Amtsführender StR. Afritsch verwies in seinem Referat einleitend darauf, dass die Dotierungen für diese Geschäftsgruppe wohl die bescheidensten des ganzen Voranschlages sind.

Der Stadtrat gab sodann einen Überblick über die Arbeit des Statistischen Amtes der Stadt Wien und stellte fest, dass die Bevölkerungszahl Wiens noch immer zunimmt. Während im Jahre 1934 rund 2,086.000 Menschen in Wien lebten, und zwar in den Bezirken I bis XXVI, war 1945 ein Tiefstand von 1,323.758 Menschen zu verzeichnen. Die Bevölkerungszahl stieg bis Jänner 1948 auf 1,730.613 und erreichte im November 1948 1,745.842, davon 43 Prozent Männer und 57 Prozent Frauen.

Auch die Zahl der Eheschliessungen ist noch immer grösser als im Vorkriegsdurchschnitt. 1947 hatten wir 19.455 Eheschliessungen, also im Monatsdurchschnitt 1.621, bis Oktober 1948 15.881, demnach im Monatsdurchschnitt 1.588. 1935 betrug die Zahl der Eheschliessungen bei einem Monatsdurchschnitt von 1.250 rund 15.000 Eheschliessungen.

Im Jahre 1946 wurden 16.323 Kinder geboren, das entspricht einem Monatsdurchschnitt von 1.360, diese Zahl stieg 1947 mit einem Monatsdurchschnitt von 1.962 auf 23.550. Dieses Ansteigen war zweifellos auf die Rückkehr vieler Kriegsgefangenen zurückzuführen. Bis Oktober dieses Jahres betrug die Zahl der Lebendgeborenen 17.334, der Monatsdurchschnitt fiel somit auf 1.733.

Die Säuglingssterblichkeit ist heute noch bedeutend höher als vor dem Kriege. Starben 1935 von 1000 Geborenen 53, so waren es 1945 191, 1947 75 und 1948 72.

Die Sterblichkeitsziffer betrug auf 10.000 Wiener im Jahre 1930 123 Personen, 1945 426, 1947 149, und sie sank im Jahre 1948 auf 132, hat also fast wieder den Friedensstand erreicht.

Auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs ist hervorzuheben, dass bis Oktober dieses Jahres 221.310 Nichtwiener in die Bundeshauptstadt kamen. Die Zahl der Ausländer, die Wien besuchten, betrug 42.578.

Die Einbürgerungsbehörden der Stadt konnten im Jahre 1948 bis 30. November 10.965 Staatsbürgerschaftsansuchen positiv erledigen. Davon entfielen auf Einbürgerungen 7.596 und auf Staatsbürgerschaftserklärungen 3.369. Insgesamt wurden seit 1945 48.158 Ansuchen positiv erledigt, davon 19.691 Einbürgerungen und 28.467 Staatsbürgerschaftserklärungen. Von den Einbürgerungen gehen 5.105 auf Ministerratsbeschlüsse zurück, also nur 9.4 Prozent der gesamten Einbürgerungen. Entgegen anders lautenden Meldungen in der Presse soll festgestellt werden, daß es sich hier um eine relativ geringe Zahl handelt.

Von jenen Ausländern, die nach 1938 nach Wien gekommen sind, wurden also nur 5.105 eingebürgert, woraus sich klar ergibt, daß es nicht den Tatsachen entspricht, daß sämtliche DPs und Volksdeutsche, die augenblicklich in Wien leben, eingebürgert wurden, denn ihre Zahl beträgt derzeit 119.000!

Bei einem Vergleich mit den anderen Bundesländern kann man feststellen, daß auf 10.000 Einwohner in Wien 274 Personen eingebürgert wurden, in Niederösterreich 148, in Steiermark 128 und Kärnten 100.

Die Heimatrechtsabteilung hatte in diesem Jahre einen besonderen Andrang zu verzeichnen, seit Jänner diese Jahres wurden 128.309 Heimatrollenauszüge, Staatsbürgerschaftsausweise usw. ausgestellt. Der Höchststand war im April mit der Ausstellung von 16.818 Dokumenten zu verzeichnen, weil damals die Besatzungsmächte von vielen Staatsbürgern den Nachweis ihrer Staatsbürgerschaft verlangten. Trotz des großen Andranges konnten jedoch die Parteien meist am selben Tage ihre Dokumente in Empfang nehmen. Eine ursprünglich in Aussicht genommene Dezentralisierung hätte den Arbeitsvorgang nur verzögert. Der Parteienverkehr betrug täglich bis zu 1.900, derzeit beträgt er bei der Heimatrechtsabteilung und Staatsbürgerschaftsabteilung zusammen täglich etwa 800 Personen, es ist also auch hier eine Normalisierung der Verhältnisse festzustellen.

Bei der Landesstelle für die Umsiedlung von Flüchtlingen sind 22.462 Fälle mit 32.727 staatenlosen Personen in Evidenz.

Zahlreiche Wiener suchen um die Einreise von verwandten nichtösterreichischen Kriegsgefangenen nach Wien an. Zur Wahrung der Familieneinheit wurden 2.803 derartige Ansuchen befürwortet; ein Teil von ihnen ist auch nach Österreich gebracht worden.

In den Registrierlisten waren mit Stichtag vom 1. November 1948 120.545 Personen verzeichnet, davon 86.749 Männer und 33.796 Frauen. Belastet sind 9503, davon 9.075 Männer und 428 Frauen. Im Jänner 1948 waren noch 18.429 Einsprüche anhängig, insgesamt wurden 23.133 Einsprüche erhoben. Diese wurden bis auf 3 Bezirke restlos aufgearbeitet. Insgesamt besteht ein Rückstand von 2 Prozent, der jedoch in einigen Wochen aufgearbeitet sein wird.

Im Jahre 1948 wurden 1.456 Vereine neu gebildet, 100 aufgelöst und 1.577 wegen Einstellung der Betätigung gelöscht.

Seit dem Jahre 1945 hat die Gewerbebehörde 17.982 Gewerbeberechtigungen erteilt. Es ist ein nicht allzustarkes Hindrängen zum Gewerbe feststellbar. Bis Oktober 1948 wurden nur mehr 1.290 freie Gewerbe angemeldet, jedoch 504 zurückgelegt. Im gebundenen und handwerksmäßigen Gewerbe wurden im Jahre 1948 6.215 Berechtigungen erteilt und 2.280 Berechtigungen zurückgelegt.

Seit 1945 wurden an freien Gewerben 4.674 angemeldet und 3.332 zurückgelegt, an gebundenen und handwerksmäßigen Gewerben 23.454 angemeldet und 9.851 zurückgelegt, an konzessionierten Gewerben 4.635 angemeldet und 1.591 zurückgelegt.

Wir hatten im Jahre 1946 2.356 öffentliche Verwaltungen. Auf Grund des NS-Gesetzes und der Rückstellungsgesetze sank diese Zahl bis zum 30. November 1948 rapid auf 566. Dazu kommen noch 41 öffentliche Aufsichten.

Insgesamt gibt es 1.395 Personen im Stande der Feuerwehr. Das entspricht fast einem friedensmäßigen Stand. Wir haben derzeit 182 Lösch-, Sonder- und Wirtschaftsfahrzeuge im Dienste.

Total zerstört wurde die Feuerwache Winterhafen, sehr schwer beschädigt die Zentrale Am Hof. In diesem Jahr konnte die Hoffassade der Zentrale in Ordnung gebracht werden, die Nachrichtenzentrale wurde wieder instandgesetzt und eine Schlauchtrochsenanlage gebaut.

Ebenso wurden die schwer beschädigten Feuerwachen Mariahilf und Floridsdorf wieder hergestellt.

Die Feuerwache Ottakring wurde provisorisch instandgesetzt, die Wachen in Döbling und Favoriten sind noch nicht wieder hergestellt, doch wird mit der Wiederherstellung der Feuerwache Favoriten im Jahre 1949 begonnen werden. Die Feuerwachen Donaustadt, Prater, Landstrasse, Margareten, Nussdorf und 19 leicht beschädigte Feuerwachen wurden wieder zur Gänze hergestellt.

Im Jahre 1948 gab es insgesamt 3.421 Alarmfälle, darunter 1.029 wegen Bränden, u.zw. 8 Grossbränden, 66 Mittelbränden, 900 Kleinbränden und 55 Rauchfangbränden. Insgesamt waren 113 Fehlanzeigen zu verzeichnen.

Der Amtsführende Stadtrat dankt unter dem lebhaften Beifall des Gemeinderates allen Feuerwehrlenten für ihre tatkräftige Arbeit auf das herzlichste und hebt besonders ihre Leistungen bei der Einsturzkatastrophe auf der Fischerstiege hervor, wo die Feuerwehrlente bis zur Erschöpfung gearbeitet haben und es ihnen zu danken ist, dass einigen Menschen das Leben gerettet werden konnte.

StR. Afritsch berichtete dann über Jugend am Werk. Durch diese Aktion wurden heuer 2.562 Jugendliche betreut. Der derzeitige Stand beträgt 855 Jugendliche, die eine Arbeitsleistung von 185.610 Schichten vollbrachten. Die Jugendlichen werden nur einige Monate von Jugend am Werk betreut und während dieser Zeit auf ihren künftigen Beruf vorbereitet. Jugend am Werk ist bemüht, ihre Schützlinge so rasch als möglich ihren Fähigkeiten entsprechend in das Berufsleben einzureihen. An Nachmittagen wurden die Jugendlichen in 750 Veranstaltungen kulturell betreut.

Der Referent sprach dann über das Kapitel "Kriegsgefangenenfürsorge". Nach Aufzeichnungen des Bundesministeriums für Inneres wurde insgesamt 478.150 Heimkehrern, davon ungefähr 100.000 Wienern, Hilfe gewährt. Diese Zahlen entsprechen jedoch nicht ganz den Tatsachen, da die in den ersten Monaten nach Kriegsschluss Heimgekehrten noch nicht von der Kriegsgefangenenfürsorge erfasst werden konnten. Seit 1. November 1947 bis heute sind in 62 Transporten mit 15.050 Wienern zurückge-

kehrt. Davon waren 42 Transporte mit 13.887 Heimkehrern aus Russland, 14 Transporte mit 908 Heimkehrern aus Jugoslawien, 1 Transport mit 215 Heimkehrern aus Frankreich und 5 Transporte mit 40 Heimkehrern aus Polen. Die Gemeindeverwaltung hat diesen Kriegsgefangenen 149.000 Schilling als Handgeld zur Verfügung gestellt und sie ausserdem mit 150.000 Zigaretten und 75.000 Strassenbahnfahrscheinen beteiligt. Damit war aber die Hilfe noch nicht erschöpft. Gemeinsam mit dem Innenministerium wurden in 22.248 Fällen Bekleidungshilfen gewährt und 10.036 Lebensmittelpakete im Gesamtgewicht von 40.000 Kilogramm verteilt. Ausserdem wurde 714 besonders notleidenden Heimkehrern eine aussergewöhnliche Unterstützung von zusammen 117.589 Schilling zuteil.

Durch Spenden des Auslandes und der Alliierten Amerikahilfe konnten 32.156 Stück Textilien oder Paar Schuhe, durch die Bundeshilfe 93.125, durch Spenden diverser Vereine 2.057 und durch die Paketaktion für Jugoslawien 13.587, insgesamt also 140.925 Stück Textilien oder Paar Schuhe verteilt werden. Ausserdem erhielten die Heimkehrer noch 19.840 Gebrauchsartikel, 1.463 Heimkehrer, die sofort in Spitalspflege genommen werden mussten, wurden zusätzlich noch mit Zigaretten, Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln beteiligt.

Ausser dieser behördlichen Kriegsgefangenenfürsorge wurde die Wiener Kriegsgefangenenkommission gebildet, die mit den Bezirkskriegsgefangenenkommissionen zusammenarbeitet. StR. Afritsch erwähnte hier die Sammelaktion der Wiener Bevölkerung für die Kriegsgefangenen, die ein Ergebnis von 2,900.000 Schilling gebracht hat. Davon sind durch das Währungsschutzgesetz 455.000 Schilling verloren gegangen. Trotz vieler Interventionen ist es bisher nicht gelungen, diesen Betrag wieder zurückzuerhalten. Die Kriegsgefangenenkommission hat 22.235 Liebespakete zusammengestellt und 14.420 Heimkehrern eine einmalige Hilfe, die zusammen einen Betrag von 1,153.520 Schilling ausmacht, gewährt. 2.538 Heimkehrer erhielten besondere Zuschüsse im Ausmasse von 320.000 Schilling, 447 Heimkehrer erhielten Zuschüsse für einen Landaufenthalt und 679 Heimkehrern wurde ein zwei- bis dreiwöchiger Landaufenthalt ermöglicht.

2.864 Pakete wurden an Kriegsgefangene, die noch fern der Heimat sind, geschickt. Für die Bahnhofs- und Spitalbetreuung wurden 180.000 Schilling aufgewendet. Die Kriegsgefangenenkommission hat für die Betreuung der Heimkehrer somit 2,013.520 Schilling ausgegeben. Der Referent gab abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß bald alle Kriegsgefangenen heimkehren mögen und dankte allen mit der Kriegsgefangenenfürsorge befaßten Stellen, in erster Linie aber Bürgermeister Körner, der es sich nicht nehmen läßt, jeden Heimkehrertransport selbst zu empfangen. StR. Afritsch betonte noch, daß dieses Referat vollkommen unpolitisch geführt werde und daß jeder Heimkehrer, gleichgültig welcher Partei er angehöre, betreut werden. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Schluß bemerkte der Referent, daß jährlich zehntausende Wiener die einzelnen Referate der Verwaltungsgruppe XI beanspruchen und daß ihnen dort, unter Wahrung der Vorschriften und des geltenden Rechtes, in unbürokratischer Art geholfen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

In der Debatte sprach als erster Redner GR. Dr. Altmann (KPÖ.) Er stellte eingangs fest, daß sich von der vielfältigen Tätigkeit der Verwaltungsgruppe XI in den Ansätzen des Voranschlages nur wenig zeigt. Er sei aber der Auffassung, daß sich der Gemeinderat einigermaßen mit dieser Tätigkeit befassen muß, weil der größte Teil der Wiener Bevölkerung mit dieser Behörde zu tun hat.

GR. Altmann befaßte sich dann mit der Leistung der Beamtenschaft dieses Behördenapparates und stellte fest, daß sie mehr getan hat, als man pflichtgemäß von ihr verlangen kann. Er führte als Beispiel die Abteilung für Bevölkerungswesen an, in der der Parteienverkehr außerordentlich hoch ist. Der Redner regte an, daß man hier das Personal von Ämtern, die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung abgebaut werden müssen, in diese überbeschäftigten Abteilungen entsenden möge, damit sie dort zum Nutzen der Bevölkerung möglichst unbürokratisch wirken können.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Abteilung, die sich mit der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen beschäftigt. Der Redner bemängelte im Zusammenhang damit die Tatsache, daß in den Ansätzen des Budgets für das kommende Jahr nur von der Durchführung der Nationalratswahlen gesprochen werde. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dies nicht bedeutet, daß die Wahlen

des Gemeinderates, des Landtages und der Bezirksvertretungen weiter hinausgeschoben wird.

Über die Feuerwehr und ihre Beamten fand der Redner gleichfalls anerkennende Worte und dankte für ihre Leistungen. Er kritisierte jedoch, dass die Ansätze des Voranschlages zu bescheiden sind, so bescheiden, dass sogar der Finanzreferent sie als Beispiel hingestellt habe. Es fehlt zum Beispiel bei der Feuerwehr noch sehr viel, um sie zu dem zu machen, was sie war, nämlich ein für viele Städte der Welt beispielgebendes Institut.

Der Redner bemängelte auch, dass die baulichen Wiederherstellungen auf einen zu grossen Zeitraum verteilt sind und forderte gleichzeitig für die Feuerwehrleute eine Erhöhung des Stundenlohnes. Er verlangte weiter vom Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XI mehr Energie gegenüber dem Finanzreferenten. Als Beispiel für die Besoldungsverhältnisse bei der Feuerwehr führte GR. Dr. Altmann einen Feuerwehrbeamten mit 3 jähriger Dienstzeit an, der einschliesslich der Feuerwehrzulage von 40 Schilling im Monat 501 Schilling netto ausbezahlt bekommt. Ein Verheirateter mit Kinderzulage und 2 Dienstjahren bekam 523.78 Schilling und ein Verheirateter Feuerwehrmann mit 2 Kindern 13 Dienstjahren 725 Schilling. Der Redner betonte nochmals, dass die Entlohnung des Feuerwehrpersonals im Verhältnis zu ihrem verantwortungsvollen und schweren Dienst viel zu gering ist und weit hinter den Lebenskosten zurückbleibt.

GR. Altmann gab auch zu bedenken, dass die Ausrüstung der Feuerwehr wesentliche Mängel aufweist. Fachleute sagen, dass die Budgetansätze mindestens verdoppelt werden müssten, um die Ausrüstung zu vervollständigen: ganz abgesehen von den baulichen Wiederherstellungen.

Der Redner kam dann auf die in Liesing eingerichtete Feuerwachabteilung zu sprechen und verlangte, dass für dieses grosse Industriegebiet eine Hauptfeuerwache errichtet werden soll.

Dann stellte GR. Dr. Altmann auch fest, dass es sich ausserordentlich bewährt hat, Personen, die aus dem Mannschaftsstand kommen, leitende Posten zu übertragen.

Er bezeichnete dies als einen Beweis dafür, daß nicht formale Voraussetzungen sondern die tatsächlichen Fähigkeiten entscheidend sind.

Zum Schluß seiner Ausführungen kam GR. Dr. Altmann nochmals darauf zurück, daß die Ansätze für die Verwaltungsgruppe XI zu gering sind und verlangte, daß die Ausgaben für diese wichtige Verwaltungsgruppe erhöht werden.

GR. Bauer (ÖVP) stellt mit Befriedigung fest, daß noch immer Liebesgaben einlangen und richtet in diesem Zusammenhang an den Amtsführenden Stadtrat die Bitte, mitzuteilen, wer außer den Heimkehrern und Kriegsgefangenen mit diesen beteiligt wird.

Es wäre gar nicht notwendig gewesen, besonders zu betonen, daß man mit den Heimkehrern keinen politischen Mißbrauch treiben soll, da diese durch ihren Anschauungsunterricht in den Volksdemokratien und durch ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit hellhörig geworden sind.

Die Ansätze für diese Verwaltungsgruppe bezeichnet Redner als sehr bescheiden, obwohl sie große Aufgaben zu besorgen habe, insbesondere die Lösung aller mit der mittelbaren Bundesverwaltung zusammenhängenden Fragen.

Leider ist hier das Zusammenwirken noch nicht so, wie es im Interesse der Gesamtverwaltung wünschenswert wäre. Dies macht sich besonders dort unangenehm bemerkbar, wo sich einzelne Verwaltungszweige überschneiden. Wenn hier von Wirtschaftsbeamten und Generaldirektoren beim Marktamt die Rede war, so soll betont werden, daß das Marktamt im Zusammenwirken mit der M.Abt. 63 hier keine entsprechende Durchschlagskraft aufweist. Diese Leute sind 1945 durch irgend eine Förderung von Parteistellen in die Wirtschaft gekommen und glauben nun, einen Freibrief zu haben. Wenn man hier Ordnung schaffen will, stößt man beim Marktamt und bei den Bezirksgewerbereferaten auf unüberwindliche Widerstände.

Wenn das Marktamt nach vielen Interventionen Anzeigen weiterleitet, so versinken sie in irgend einem Schreibtisch. Da sich die Verhältnisse gegenüber 1945 doch schon wesentlich konsolidiert haben, wäre es hoch an der Zeit, hier eine reibungslose Arbeit zu ermöglichen.

Beim Wein, bei der Gemüse- und Obstversorgung der Bevölkerung und an vielen anderen Beispielen haben wir gesehen, daß es bei einem Überangebot von Waren sehr schwer ist, das Bedarfs-

deckungsstrafgesetz überhaupt noch durchzuführen. Hier müßte endlich dem freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage der Weg gebnet werden. Das Affichieren von Plakaten allein wird keine Preisherabsetzungen erzwingen können.

Bei den Gewerbereferenten leidet die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken darunter, daß in manchen Fragen vollkommen verschiedene Auffassungen bestehen. Bewerber um Konzessionen und Gewerbeberechtigungen erhalten teilweise Bescheide mit einer falschen Rechtsmittelbelehrung. Freilich wurde hier auch eine gewaltige Arbeit geleistet, denn seit 1945 wurden 17.289 Gewerbeberechtigungen neu verliehen.

Der unmögliche Zustand muß beseitigt werden, daß Ansuchen fast ein halbes Jahr liegen bleiben. Wenn in konkreten Fällen Berufsvertretungen einzuschreiten versuchen, werden ihre Interventionen von hintenherum unwirksam gemacht. Solche Mißstände sollen vom Amtsführenden Stadtrat abgestellt werden.

Auch bei den öffentlichen Verwaltungen ist es oft so, daß die Beschreitung des zustehenden Rechtsmittelweges durch Einschüchterung und Drohungen zu verhindern versucht wird. Meist handelt es sich um Betriebe, bei denen das Rechtsverhältnis noch nicht geklärt ist, wo aber dennoch eine in der Magistratsabteilung 69 etablierte Stellenvermittlung für öffentliche Verwalter Verwalter in die Betriebe setzt, und sich bemüht, für diese namhafte Kredite zu bekommen.

Redner bringt sodann einige konkrete Fälle zur Kenntnis des Stadtrates, bei denen offenkundige Mißstände abgestellt werden sollen.

Redner regt im Hinblick auf den Kostenbeitrag der Gemeinde Wien zu den Kosten der Bundespolizei in Höhe von 12 Millionen Schilling an, die auf Wiener Boden von der Bundespolizei eingehobenen Straf gelder für die Gemeinde Wien zu reklamieren. Hier handelt es sich um große Summen.

Hinsichtlich der Feuerwehr ersucht er den Amtsführenden Stadtrat, bei der Ausgestaltung des Meldewesens an der Frage der automatischen Melder nicht achtlos vorüber zu gehen.

Er spricht sich für generelle Preisfestsetzungen durch das Preisbestimmungsamt der Stadt Wien aus, und ersucht, wenn es sich um berechnigte Forderungen der Wirtschaft handelt, die Preise in Einzelverhandlungen festzusetzen, was auch im Interesse

einer Kostenersparung liege.

Bei der Verleihung von Kinokonzessionen wendet er sich gegen die Monopolbestrebungen der Kiba und ersucht um objektive Überprüfung aller Ansuchen, um eine gesunde Konkurrenz im Interesse billiger Preise zu ermöglichen.

Bei beiderseitigem gutem Willen werde es gelingen, über alle aufgezeigten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Seine Fraktion stimme für die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe. (Lebhafter Beifall.)

GR. Maria Jacobi (SPÖ) tritt für die Heimkehrer und Kriegsgefangenen ein. Seit 1945 sind rund 136.000 Kriegsgefangene, davon rund 40.000 Wiener, wieder heimgekehrt. Ist es nicht schrecklich, dass freieinhalb Jahre nach dem Kriegsende noch immer tausende Frauen und Mütter auf ihre Männer und Söhne warten müssen, ja dass tausende heute vollständig im Ungewissen über das Schicksal ihrer Verwandten schweben? Und es findet sich niemand, der den Müttern und Frauen sagen würde, ob ihre Söhne und Männer noch leben. Es ist gegen alles Menschenrecht und gegen alle Menschenwürde, wenn man uns heute noch immer um unsere letzten Kriegsgefangenen betteln lässt. Man möge uns doch endlich die letzten Kriegsgefangenen wieder geben! (Starker allgemeiner Beifall.)

Rednerin spricht den Kriegsgefangenenkommissionen, Bürgermeister Körner und StR. Afritsch für ihre Bemühungen um die Heimkehr der Gefangenen den herzlichsten Dank aus, aber auch der gesamten Bevölkerung, die durch ihre Opferfreudigkeit einen grossen Betrag aufgebracht hat, durch den die Kriegsgefangenenkommission den Heimkehrern eine kleine Freude bereiten und wieder den Glauben an die Menschlichkeit und die Zukunft geben konnte.

Hinter der Aktion "Jugend am Werk" steht das ganze Problem der Jugendberufsschulung. Es ist erfreulich, dass wir heuer doppelt so viel Jugendliche als 1947 betreuen konnten. Das Wertvolle liegt nicht nur darin, dass wir die Jugend vor den Einflüssen der Strasse beschützen, sondern auch darin, dass

wir im heurigen Jahr mit Berufsvorbereitungskursen und Vorbereitungskursen auf die Hauptschulprüfung beginnen konnten, da ein großer Prozentsatz der Jugendlichen infolge der Kriegsergebnisse das 4. Hauptschuljahr nicht absolvieren konnte.

Alle Bemühungen der Stadt Wien mit der Aktion "Jugend am Werk" gemeinsam mit den Landesarbeitsämtern und dem Stadtschulrat bilden keine wirkliche Lösung des Berufslenkungsproblems. Heuer bestand ein katastrophales Mißverhältnis zwischen den Bewerbern um Lehrstellen und offenen Lehrstellen. Mit Stand vom 30. September standen 1.300 männliche Bewerber 700 offenen Lehrstellen und 830 weibliche Bewerber nur 90 offenen Stellen gegenüber. Dazu kamen noch 2000 arbeitslose jugendliche Hilfsarbeiter. Mit 30. November war der Stand zwar etwas besser, aber noch immer standen 585 weibliche Bewerber nur 197 offenen Stellen, 1000 jugendliche Hilfsarbeiter 39 offenen Stellen gegenüber.

Diese Zahlen zeigen die geringere Bereitschaft, Lehrlinge aufzunehmen. Diese Tendenz hängt einerseits mit dem Übergang von kleineren Betrieben zu größerer industrialisierten, aber auch mit der gewiß erfreulichen Hebung des sozialen Standes der Lehrlinge zusammen, der aber andererseits leider die Scheu zu Aufnahme von Lehrlingen hervorruft. Das Arbeitsdienstjahr ist zweifellos keine Lösung des Problems der Berufslenkung. Sowohl Gewerbe und Industrie als auch der Staat müßten das größte Interesse an der Fachausbildung der nachwachsenden Jugend haben. Rednerin appelliert an die gesetzgebenden Körperschaften, doch endlich dem Ruf nach Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten gerecht zu werden, deren Lasten nicht nur vom Staate sondern auch von Gewerbe und Industrie getragen werden sollten. (GR. Dr. Prutscher: Was sollen die Lehrlinge in den staatlichen Lehrwerkstätten bezahlt bekommen?) Das wird Sache der gesetzgebenden Körperschaften sein, auf keinen Fall sollen die Lehrlinge schlechter gestellt werden als im Gewerbe und Industrie.

Für die weibliche Jugend kann die vom GR. Dr. Soswinski angeregte Errichtung von mehr Haushaltungsschulen keine Lösung bieten. Im Jahre 1947/48 waren in den Haushaltsschulen 4.715, im Jahre 1948/49 nur mehr 1.600 Teilnehmerinnen zu verzeichnen. Dies beweist, dass die weibliche Jugend von heute für sich das Recht in Anspruch nimmt, einen ihren Wünschen entsprechenden Beruf zu erlernen. Eine wirkliche Lösung der Berufslenkung wird nur innerhalb einer Gesamtplanung der Wirtschaft möglich sein.

Auf das Verlangen des GR. Dr. Altmann nach Demokratisierung der Bezirksvertretungen erwiderte die Rednerin, dass diese in Wien bereits erfolgt ist. Die Einsetzung der Mandatäre und Bezirksräte erfolgte genau nach dem Wahlergebnis vom Jahre 1945. Die Kommunistische Partei solle aber ihren grossen Einfluss in Niederösterreich geltend machen, damit auch dort die Demokratisierung rasche Fortschritte mache. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlusswort erwiderte StR. Afritsch auf die einzelnen Anfragen und Anregungen. Auf die Feststellung des GR. Altmann, dass im heurigen Budget nur die Kosten für die kommenden Nationalratswahlen aufscheinen, während für Wahlen in den Gemeinderat und für die Bezirksverwaltungen keine Post vorgesehen ist, klärte der Redner auf, dass dies deshalb so sei, weil die Legislaturperiode des Gemeinderates noch nicht abgelaufen ist und erst der Beschluss gefasst werden muss, wann diese Wahlen stattfinden sollen.

Die Ernennung von Feuerwehr-Offizieren auch aus dem Mannschaftsstand wird bereits durchgeführt. Die aus der Mannschaft hervorgegangenen Offiziere müssen jedoch im richtigen Verhältnis zu jenen mit akademischer Ausbildung stehen. Der Redner ist immer dafür eingetreten, dass die wichtigste Voraussetzung für die Ernennung zum Offizier das fachliche Können sein muss.

Bezüglich der Liebesgabenaktionen des Auslandes bemerkte StR. Afritsch, dass nicht nur Heimkehrer sondern auch die bedürftige Bevölkerung mit Liebesgabenpaketen beteiligt wurde. Er verwies hier auf die Aktionen "Zürich hilft Wien", "Basel hilft Floridsdorf" und "Biel hilft Liesing". Diese waren von grossem Erfolg begleitet.

Zu der angeblichen Vorenthaltung der Rechtsmittel bei Behandlung von Gewerbeansuchen durch die Gewerberreferenten in den Bezirken erklärt der Referent, dass ihm davon nichts bekannt sei. Wenn die zustimmenden Gutachten der Interessenvertretungen einlangen und alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt werden, steht der positiven Erledigung eines Gewerbeansuchens nichts mehr im Wege.

Der Redner empfahl dann die Anfrage des GR. Bauer und Genossen, bezüglich Verwendung von Strafgeldern der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Eine Generalregelung der Verwendung von Strafgeldern wäre notwendig. Diese wäre aber nicht von der Gemeinde Wien sondern von den zuständigen Bundesbehörden vorzunehmen.

Bezüglich Wiederinbetriebnahme der automatischen Feuerwehrmelder verwies StR. Afritsch auf das Ausland, das von dieser Art der Feuermeldung schon längst abgekommen ist. Auch in Wien hat es sich erwiesen, dass viele Brände durch die Staats-Telephonleitung gemeldet werden. Da auch der Aufbau der zerstörten Zentralmeldeanlage viele Millionen Schilling kosten würde, sollte vom automatischen Feuermeldesystem Abstand genommen werden. (Beifall bei der SPÖ).

In der darauffolgenden Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe XI. einstimmig genehmigt. Die Anfrage des GR. Bauer wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Das Referat über die Ansätze des Voranschlages zum XII. Hauptstück, Städtische Unternehmungen, erstattete StR. Dr. Exel, (ÖVP). Er betonte, dass er heute an der Wende 1948/49 sein Referat über die Wirtschaftspläne der sieben städtischen Unternehmungen unter wesentlich anderen Auspizien als das erste und zweite Mal beginnen könne. Das erste Mal waren wir von würgenden Sorgen bedrückt und bedurfte damals eines besonderen Optimismus. Das zweite Mal habe er bereits versucht, die Einordnung dieser grossen Betriebe in das österreichische Wirtschaftssystem kurz zu skizzieren. Heute jedoch stünden wir an einer ideologischen Wende, an der wir zu den Kraftzentren der Weltwirtschaft zurückfinden.

StR. Exel ging dann im einzelnen auf die Städtischen Unternehmungen ein.

Er bezeichnete die Umwandlung von Gleich- auf Wechselstrom als das größte Sorgenkind der Bevölkerung, betonte jedoch, daß sich eben jetzt bei der Behebung der vielen Kriegsschäden eine einmalige Gelegenheit dafür bietet. Der Referent teilte auch mit, daß man sich noch mit den finanziellen Schwierigkeiten beschäftigen werde, die dem Einzelnen aus dieser Umwandlung erwachsen.

Auf die Planungen übergehend betonte der Stadtrat die Notwendigkeit, Wien zu einem kalorischen Stützpunkt ersten Ranges auszubauen und erwähnte das Projekt eines Donaukraftwerkes bei Fischamend, das nur mehr auf den Bauherrn warte. Dieses Kraftwerk würde 7 Millionen Kilowattstunden im Jahr liefern können.

Über die Gaswerke teilte Stadtrat Dr. Exel mit, daß sich auch hier in der Planung verheißungsvolle Aspekte zeigen. Der Redner betonte dabei besonders die Möglichkeiten auf chemiewirtschaftlichem Gebiet, unter anderem die synthetische Gewinnung von Phenol aus Benzol. In diesem Zusammenhang sprach StR. Dr. Exel auch über das Problem der Gasentgiftung und gab die Versicherung, daß es gelingen wird, diesen größten Feind der Wiener Bevölkerung wirksam zu bekämpfen.

Die Wiener Elektrizitätswerke schließen mit einem Jahresgewinn von 600.000 S und werden im kommenden Jahr 750 Millionen Kilowattstunden bereitstellen, gegenüber 670 Millionen im ablaufenden Jahr. Sie führen einen heroischen Kampf gegen das Klima, gegen die Verhältnisse auf dem Wirtschaftssektor, nicht zuletzt aber gegen die Bevölkerung, da der Verbrauch an Strom gegenüber der Vorkriegszeit in einem Maße angestiegen ist, das nicht mehr verantwortet werden kann. So betrug der Gesamtverbrauch in Wien am 15. Dezember 1937 1,369.000 Kilowattstunden, am 8. Dezember 1948 jedoch 3,144.000. Nur 27 % dieses enormen Bedarfes können die Wiener Elektrizitätswerke selbst erzeugen, 63 % müssen aus den Bundesländern zugeführt werden und 10 % liefern die Wasserwerke Opponitz und Gaming.

Auf dem kalorischen Sektor kostet Fremdstrom für Wien 21 Groschen pro Kilowattstunde, fremder Wasserstrom 9 Groschen, in Eigenerzeugung kalorischer Strom 17 Groschen, eigener Wasserstrom $3\frac{1}{2}$ Groschen pro Stunde.

Im Rahmen des Ausbaues der Wiener Kraftwerke zu einem großen kalorischen Stützpunkt ist im Finanzplan die Anschaffung eines Hochleistungskessels für das Kraftwerk Engerthstraße im

Betrag von 27 Millionen und im Kraftwerk Simmering die Aufstellung von zwei Hochleistungskesseln mit Gesamtkosten von 35 Millionen Schilling geplant. Der erste Kessel wird bereits im März 1950 in Betrieb genommen werden können. Nach Inbetriebnahme dieser Kessel werden wir endlich die von Bundesstellen immer wieder vorgebrachten Vorwürfe zurückweisen können, daß die Wiener Elektrizitätswerke mit ihren überalteten Kesselanlagen unökonomisch arbeiten.

Die Bedeckung der 104,5 Millionen Schilling betragenden Ausgaben erfolgt im kommenden Jahr noch aus den laufenden Einnahmen, 1950 jedoch werden zweifellos Kreditoperationen notwendig sein.

Die Wiener Gaswerke schließen mit einem Erfolg von 400.000 Schilling. Für das kommende Jahr ist eine Erzeugung von 320 Millionen Kubikmeter Kohlen- und Generatorgas und ein Bezug von 50 Millionen Kubikmeter Erdgas vorgesehen. Nahezu drei Viertel der gesamten verkauften Gasmenge kommt den Haushalten zugute. Die Wiener Gaswerke konzentrieren 90 % der Kapazität aller österreichischen Gaswerke in Wien. Mit größter Gewissenhaftigkeit werden alle Errungenschaften in der großen Welt beobachtet. Hier wäre **auch eine** großzügige Planung am Platze, um die sich aus der Kohlendestillation ergebenden Ausgangsstoffe für pharmazeutische Artikel der Heilmittelindustrie zur Verfügung zu stellen, damit nicht unnötigerweise Medikamente importiert werden müssen.

Die Horizontalkammeröfen im Werk Simmering sollen um 25 Kammern erweitert werden, für eine Erneuerung der Kammerofenanlagen im Werk Leopoldau sind 34.5 Millionen Schilling präliminiert.

Auch die Gaswerke führen einen schweren Kampf mit der Unvernunft der Bevölkerung. So betrug z.B. gestern die Gasabgabe 1,423.000 Kubikmeter, eine Höchstmenge, die die Gaswerke seit ihrem Bestehen auch in normalen Friedenszeiten überhaupt noch nie zu leisten hatten.

Der Referent bezeichnet die Wiener Verkehrsbetriebe als ein großes Sorgenkind. Nach Abschluß des zweiten Lohn- und Preisabkommens erhöht sich der Ansatz an Personalausgaben von 117 auf 128.3 Millionen Schilling. Obwohl kein Mangel an Kundenschaft verzeichnet werden kann, schließen die Verkehrsbetriebe mit einem Defizit von 29 Millionen Schilling.

Bei der Strassenbahn und der Stadtbahn ist eine Beförderungsleistung von 550 Millionen Fahrgästen vorgesehen, bei den Autobuslinien 14.5 Millionen Fahrgäste und 2.5 Millionen O-Busfahrgäste.

Der Wagenpark der Verkehrsbetriebe befindet sich in einem bedenklichen Zustand. Bekanntlich haben die Wiener Verkehrsbetriebe bei einer österreichischen Firma 50 Triebwagen in Arbeit gegeben, von denen jeder ohne Motor 8.5 Tonnen Eisen erfordert, ferner ist der Einkauf von 40 gebrauchten vierachsigen Triebwagen in den Vereinigten Staaten geplant. In Amerika an Ort und Stelle angestellte Studien konnten positiv abgeschlossen werden, so dass diese Wagen eventuell schon im Sommer 1949 im Wiener Strassenbild erscheinen werden. Zunächst werden sie auf den Linien nach Floridsdorf eingesetzt, wobei Umbauarbeiten der Gleisanlagen mit einem Sachaufwand von 1 Million Schilling notwendig sind.

Die Wiener Städtische Brauerei spiegelt den allgemeinen Gesundungsprozess unserer Wirtschaft wider. 1949 wird dieses Unternehmen 130.000 Hektoliter ausstossen, möglicherweise noch mehr. Der Erfolgsplan des Betriebes schliesst mit einem Jahresgewinn von rund 1.2 Millionen Schilling. Durch die Erzeugung höhergradigen Biers ist der Absatz wesentlich gestiegen.

Die Städtische Bestattung präliminiert einen Jahresgewinn von 100.000 Schilling. Erfreulicherweise ist ein Rückgang der Sterbefälle als Folge der fortschreitenden Gesundung festzustellen. Für 1949 wurden 16.000 Sterbefälle als Berechnungsgrundlage angenommen. Es wurde auch ins Kalkül gezogen, dass mit Rücksicht auf die Geldknappheit im kommenden Jahre die billigeren Klassen vorgezogen werden.

Die Gewista ist in Wien eigentlich ein Monopolunternehmen. Im Erfolgsplan sind bereits die kommenden Wahlen einkalkuliert und ein Plakatanschlag von 2.5 Millionen Schilling angenommen worden.

Bei den Landwirtschaftsbetrieben zeigt sich im Wirtschaftsplan zum ersten Mal ein Jahresgewinn von rund 537.000 Schilling, dies vor allem deshalb, weil für den Getreideanbau größere Flächen vorgesehen sind und eine Gesundung in der Preiserstellung festzustellen ist. Gegenwärtig ist ein Preis von 85 Schilling für 100 Kilogramm Getreide, im Überkontingent von 135 Schilling vorgesehen.

Str. Exel schließt mit einem ganz besonders herzlichen Dank für die ausgezeichneten Leistungen aller Betriebe und der besonderen Anerkennung für die aufopferungsvollen Leistungen aller Arbeiter und Angestellten, deren sprichwörtliche Betriebstreue nicht genug hervorgehoben werden könne. (Starker Beifall.)

GR. Lauscher (KPÖ) meint, die Entwicklung der für die Wiener Bevölkerung so wichtigen Monopolunternehmungen der Stadt Wien gehe unter großen Schwierigkeiten stockend und schleppend vor sich. Von einem großzügigen Aufbau und Ausbau könne noch keine Rede sein.

Niemand täusche sich darüber hinweg, daß durch das neuerliche Auftreten der Stromversorgungsschwierigkeiten die in Aussicht gestellte Erleichterung auf diesem Gebiete nicht eintreten werde.

Eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei Straßenbahn und Stadtbahn ist vor der Neuanschaffung von Fahrzeugbetriebsmitteln nicht zu erwarten; bis dahin wird es allerdings noch geraumer Zeit bedürfen. Viele Wünsche unserer Bevölkerung nach Eröffnung neuer Straßenbahnlinien und Autobuslinien werden daher in der nächsten Zeit nicht berücksichtigt werden können.

Was bisher zum Ausbau und Aufbau dieser Monopolunternehmungen getan wurde, ist Stückwerk. Die leitenden Beamten würden, wenn sie es könnten, ganz anders planen, aber mit den beschränkten Mitteln war dies nicht möglich. Die im Finanzplan für Investitionen vorgesehenen Mittel sind zu einem Drittel gesperrt und nicht greifbar.

Zu der Frage des Rauchens in der Straßenbahn erklärt er, der Versuch der Abstellung sei im großen und ganzen gelungen, doch sei dies keine nach allen Seiten befriedigende Lösung. Es gäbe zehntausende Arbeiter, die darin eine Beschränkung der Befriedigung ihrer privaten Bedürfnisse erblickten. Er regt an, eine die Bevölkerung befriedigende Lösung durch Vermehrung der Anhängewagen zu finden.

Der 25. Gemeindebezirk, der überhaupt noch nicht in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen sei, müßte endlich dem Verkehr erschlossen werden.

22. Dezember 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1912

Ein Antrag des Redners geht dahin, die Verkehrsbetriebe mögen endlich die Instandsetzung und Errichtung neuer Wartehäuschen der Strassenbahn in Angriff nehmen.

Verschiedene berechnete Wünsche des Personals der Verkehrsbetriebe wurden im abgelaufenen Jahr ebenfalls nicht berücksichtigt, so hinsichtlich der Monturen und der besseren Ausgestaltung der Waschgelegenheiten.

Es ist begrüßenswert, dass im Finanzplan der Gaswerke ein Betrag von 4.5 Millionen Schilling für die Anschaffung von Gasmessern und Gasmesserverbindungen eingesetzt ist. Die finanzielle Lage der Gaswerke scheint ausserordentlich gut zu sein. Nach dem Aktiengesetz sind für 1948 1.4 Millionen Schilling an Steuern vorgesehen. Tatsächlich wurden im ersten Halbjahr auf Grund des Betriebsergebnisses 6.1 Millionen Steuern errechnet. Bei einem Steuersatz von rund 70 Prozent entspricht dies einem tatsächlichen Halbjahresgewinn von 10 Millionen. Tatsächlich schliesst das erste Halbjahr mit einem Reingewinn von 16.5 Millionen Schilling. Dies würde bedeuten, dass der Kubikmeter Gas um zirka 8 Groschen billiger werden könnte.

GR. Lauscher verwies auf die ernste Lage auf dem Gebiete der Versorgung Wiens mit elektrischem Strom. Wir sind vollständig vom Fremdbezug abhängig. Es muss daher getrachtet werden, das Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug raschest auszubauen. Der Strombezug aus Ybbs-Persenbeug würde sich auch günstig auf die Tarifpolitik auswirken, da dieser Strom billiger wäre als der kalorische.

Der Redner begrüßte auch das von StR. Dr. Exel erwähnte Projekt des Baues eines Kraftwerkes bei Fischamend. Je rascher auch dieses Projekt verwirklicht wird, umso unabhängiger werden wir in der Versorgung mit elektrischem Strom sein.

Bezüglich des Personals der E-Werke verwies GR. Lauscher darauf, dass dieses sehr darunter leide, dass schon zwei Jahre keine Schuhe ausgegeben wurden. Die Einführung eines Schuhpaars wäre erwünscht. Es müsste auch für das Waschen der Monturen gesorgt werden.

Das Personal des Brauhauses muß seit dem zweiten Lohn- und Preisübereinkommen das Deputat-Bier zu einem erhöhten Preis bezahlen und dafür fast die ganze 6%ige Lohnerhöhung verwenden. Da die Erhöhung nicht notwendig war, sollte sie rückgängig gemacht werden.

Am Schluß seiner Rede sagte GR. Lauscher, daß die Monopolunternehmungen große soziale Aufgaben zu erfüllen haben. Es müsse daher getrachtet werden, die Verkehrsmittel zu modernisieren und die Gas- und Stromversorgungsanlagen nach den modernsten Errungenschaften der Technik auszugestalten. (Beifall bei der KPÖ).

GR. Dipl.Kfm. Nathschläger (ÖVP) zeigte an Hand von Zahlen auf, daß rund die Hälfte des gesamten Aufwandes in der ordentlichen Gebarung der Hoheitsverwaltung in den Städtischen Unternehmungen und Betrieben konzentriert ist. Die Unternehmungen sind eine große Post im Vermögen und in der Wirtschaftsgebarung der Gemeinde Wien und müssen dementsprechend behandelt werden.

Durch die Gebrauchsgebühren und Wegebenützungsgebühren werden 18,660.000 Schilling von den städtischen Unternehmungen und Betrieben dem Budget der Hoheitsverwaltung zugeführt. Diese Art der Besteuerung wäre deshalb zu überlegen, da es besser wäre wenn die Unternehmungen überschüssige Finanzmittel für die Ausgestaltung und Modernisierung ihres Apparates verwenden könnten.

Der Redner verwies dann auf die gegenwärtigen Verhandlungen zur Bildung der sogenannten Stadtwerke. Sie sollen E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe umfassen. Ein eventueller Gewinn eines dieser Werke würde dadurch nicht der Besteuerung unterliegen, weil dieser z.B. durch den Verlust, den die Verkehrsbetriebe ausweisen, aufgehoben würde. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ergebende Gewinne zur Regulierung der Tarife verwendet werden könnten. Verstaatlichte Betriebe sollten ihren Gewinn grundsätzlich nicht abwerfen, er sollte im Wege von Tarifiermäßigungen der Allgemeinheit zugute kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dkfm. Nathschläger kam dann auf die Auswirkungen des Wegfallens der Kohlenpreisstützung zu sprechen, die am 1. März des kommenden Jahres in Kraft treten soll. Dadurch würden nach einer ungefähren Pauschalberechnung den Gaswerken und den E-Werken Mehrkosten von 3.4 Millionen bzw. 12.5 Millionen Schilling erwachsen. Dabei bleibt noch die Frage offen, wie sich der Preis der inländischen Kohle künftig gestalten wird. Nun sollen aber

sämtliche Subventionen bis Ende 1949 aufgehoben werden. Auch hier können also noch Verluste für die städtischen Unternehmungen entstehen.

Der Redner begrüßte die weitgehende Beteiligung der Gas- und E-Werke an den verschiedenen Stromlieferungsgesellschaften. Dann erwähnte er die Notwendigkeit des Ausbaues der hydraulischen und der kalorischen Kraftwerke, damit die Gesamtkapazität der Stromlieferungsanlagen für Österreich und Wien eine günstigere Versorgung ermögliche.

Der Redner gab auch seine Zustimmung zu den Erneuerungen in den Unternehmungen, die die Ertragsseite günstiger gestalten. Er erwähnte hier die neuen Kammeröfen bei den Gaswerken und den Ankauf der amerikanischen Straßenbahn-Triebwagen. Er stellte aber fest, daß noch viel zu arbeiten und unterbliebene Instandsetzungen nachzuholen seien; besonders beim Kabelnetz, dem Rohr- und dem Schienennetz.

GR. Dkfm. Nathschläger sprach auch **über** die Umwandlung von Gleich- und Wechselstrom auf Drehstrom und stellte in diesem Zusammenhang den Antrag, die finanzielle Belastung der Haushalte und Gewerbebetriebe durch die Ermöglichung langfristiger Ratenzahlungen erträglicher zu gestalten.

Der Redner gab dann noch verschiedene Anregungen: Auf der Straßenbahnlinie nach Mödling soll ein Durchgangsverkehr geschaffen, auf der Stadtbahn Notbremsen eingeführt werden und, **so bald** es möglich ist, sollten auch an der Peripherie Autobusse verkehren, damit den Arbeitern und Angestellten die weiten Anmarschwege erspart bleiben. Er gab seiner Befriedigung über den Fortschritt der Kriegsschadenbehebung bei den städtischen Unternehmungen Ausdruck und sprach gleichzeitig der Leitung, den Arbeitern und den Angestellten der **städtischen** Unternehmungen seinen Dank aus. (Beifall bei der ÖVP). Er äußerte nur den Wunsch, daß Beamte der Stadt Wien für die Städtische Bestattung keine Propaganda machen sollten.

Zum Abschluss seiner Ausführungen sprach der Redner über die Vorfälle in der gestrigen Gemeinderatssitzung, die er als Misston bei der sonst harmonisch verlaufenen Budgetdebatte bezeichnete. "Eines müsste uns allen vorschweben", sagte GR. Dkfm. Nathschläger, unter dem zustimmenden Beifall seiner Fraktionskollegen, "trotz allen gegnerischen Anschauungen die Achtung vor dem Gegner und die wahre Menschlichkeit eines aufrechten Demokraten nicht zu vergessen. Wenn wir in dieser Beziehung unsere Verhandlungen fortführen, dann braucht uns um das Schicksal dieser Stadt nicht bange zu sein" (Erneuter Beifall bei der ÖVP). Der Redner kam noch auf die oft erwähnte Schicksalsgemeinschaft zu sprechen und stellte fest, dass diese Vernunft- und Zweckgemeinschaft, mit wahrer Menschlichkeit und wienerischen Humor gewürzt, die richtige Mischung sei, um die Verhandlungen im Rathaus günstig fortzuführen. Er sprach auch den Dank seiner Fraktion an Bürgermeister Dr. h.c. Körner für seine umsichtige Tätigkeit aus und versicherte, dass die Volkspartei bestrebt sein werde, die Gemeinsamkeit zwischen den zwei grossen Parteien im kommenden Jahr tatkräftig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall !)

GR. Hummel (SPÖ) erinnert daran, dass es keine leichte Aufgabe war, die Kommunalbetriebe nach Kriegsende wieder in Ordnung zu bringen. Mit besonderer Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, dass sich auch die kommunistische Fraktion positiv zu dieser Geschäftsgruppe geäußert hat.

Redner fordert die Vertreter der Gemeinde auf, in der Verbundgesellschaft die Interessen der Stadt Wien entgegen allen Länderbestrebungen tatkräftig zu vertreten.

Der Wiener Gemeinderat möge einhellig seiner Meinung Ausdruck geben, dass im Kohlentarif keine Änderung eintreten soll. Bei einem Wegfall der Subventionen würde die ganze bisherige Arbeit in Frage gestellt werden.

Wenn die Verkehrsbetriebe mit einem Defizit abschliessen, muss man bedenken, dass fast 71 Prozent ihrer Ausgaben aus Personallasten bestehen.

Allein die letzte Lohnerhöhung wird dem Betrieb im kommenden Jahr 21 Millionen Schilling kosten. Der Betrieb kann es auch nicht aus eigener Kraft tragen, wenn fast 60 Millionen Schilling für Investitionen ausgegeben werden.

Redner begrüsst die in Aussicht stehenden Verkehrserleichterungen für die Floridsdorfer Bevölkerung durch den Ankauf der amerikanischen Triebwagen.

Die Gemeinde solle im kommenden Jahr insbesondere trachten, entscheidende Beiträge aus der Marshall-Hilfe zu bekommen.

Wir dürfen uns mit dem gegenwärtigen Stand der Kommunalisierung nicht zufrieden geben, sie muss weiter ausgebaut werden. Vor allem muss in der Lebensmittelindustrie die derzeitige Profitwirtschaft aufhören. Durch die Kommunalisierung auch landwirtschaftlicher Betriebe könnte eine Besserung unserer Ernährungslage erreicht werden.

So erfreulich der Erfolg der Städtischen Brauerei ist, darf die Erzeugung von alkoholfreien Getränken dennoch nicht vernachlässigt werden.

Die Kommunalisierung des Bestattungswesen war vor 1934 beinahe abgeschlossen, wurde jedoch später rückgängig gemacht. Wir müssen wieder zum früheren Zustand kommen, denn es geht nicht an, dass bei den schwersten Schicksalsfällen, die eine Familie treffen können, übergrosse Profite gemacht werden.

Sodann richtete der Redner an den Referenten das Ersuchen, Informationen der Geschäftsgruppe XII, die die Gesamtbevölkerung betreffen, ausschliesslich über die "Rathaus-Korrespondenz" zu veröffentlichen.

Zusammenfassend fordert GR. Hummel nochmals die Verwirklichung seiner Forderungen, da sich dies nicht nur auf die Preisgestaltung, sondern auch auf die Vollbeschäftigung der Arbeiter und Angestellten günstig auswirken würde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Jirava (SPÖ) kommt auf die Schaffung einer privaten Brikettierungs-A.G. zu sprechen, die zu denken geben müsse, ebenso aber auch die Nachricht, dass ab Februar des nächsten Jahres die Zuschüsse der Bundesregierung zum Kohlenpreis abgebaut werden sollen.

Die verantwortlichen Männer bei der Gemeinde sollen erwägen, ob mit Hilfe des Marshall-Planes nicht auch kommunale Einrichtungen zur Veredlung unserer heimischen Kohle geschaffen werden könnten. Er verweist dabei auf bedeutsame Kohlevorkommen in Niederösterreich und im Burgenland. Wir müssen alles aus unserer Wirtschaft herausholen, die ausländische Hilfe darf nur dazu in Anspruch genommen werden, um Rohmaterialien in unser Land zu bringen, die wir im Inland selbst nicht besitzen. Hoffentlich werde sich der Gemeinderat schon in allernächster Zeit mit einer entsprechenden Lösung dieser Frage befassen. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

StR. Dr. Exel wies in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des GR. Lauscher betreffend die Auffüllung des Fahrparkes darauf hin, daß derzeit bereits rund 740 Triebwagen eingesetzt sind, was eine wesentliche Verkehrsverbesserung bedeute.

Wenn er den Ausdruck "Bauherr für Fischamend" gebraucht habe, so nicht im Sinne eines kapitalistischen Einzelbauherrn, sondern als Symbol für Bund und Land. Die erwähnte Erzeugungsziffer von 250 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1946 beruhe offenbar auf einem Irrtum, da in diesem Jahre aus eigenen Dampfkraftwerken 157 Millionen Kilowattstunden erzeugt wurden. Bei den städtischen Brauereien besteht tatsächlich ein Deputat von 4 Flaschen Bier täglich zu einem Flaschenpreis von 77 Groschen. Auf Grund eines Übereinkommens mit der Gewerkschaft wird für dieses Deputat eine Barrückvergütung in Höhe von 72 Schilling monatlich gewährt, gleichgültig ob das Deputat bezogen wird oder nicht.

Die von fremden Autobussen betriebenen Linien sollen so bald wie möglich in eigene Linien umgewandelt werden. Bei den Firmen Saurer sowie Gräf & Stift sind insgesamt 180 Autobusse bestellt, von deren Lieferung die weitere Entwicklung abhängig ist.

Zu der Frage, wie man den Geschäftsgang der Autobuslinien in der Inneren Stadt heben könnte, erklärt Dr. Exel, daß die Frequenz von anfangs 4000 auf jetzt 7000 bis 7500 Fahrgäste täglich gestiegen ist.

Die geringe Frequenz sei auch damit zu erklären, daß sich die Bevölkerung erst wieder an die Benützung der Verkehrsmittel auch für kürzere Strecken gewöhnen müsse. Eine Besserung sei auch mit der Verlängerung der Linien in die Bezirke zu erwarten. Sein Lieblingsgedanke sei es, den Autobuspark so schnell wie möglich zu vergrößern.

In einem Wirtschaftsplan müssen Reserven enthalten sein, denn wir gehen neuerlich einer Periode der wirtschaftlichen und bilanztechnischen Unsicherheit entgegen, insbesondere auch auf dem Gebiete der für die Produktion notwendigen Wirtschaftsgüter. So besteht zum Beispiel der Burgfriede in der Preispolitik für Kohle nur bis Ende Februar 1949, und die Preisgestaltung hängt von auswärtigen Faktoren ab, die wir wie ein Axiom hinnehmen müssen.

Die vom Stadtsenat bereits beschlossenen Stadtwerke (Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe) sind aus steuerlichen Erwägungen geschaffen worden. Hier handelt es sich nicht um eine revolutionäre Neuerung; solche Stadtwerke bestehen bereits in Graz und Innsbruck.

Bis zur Schaffung des Schillingeröffnungsbilanzgesetzes, das erst Aufschlüsse über die Finanzwahrheit geben wird, hat es noch einige Weile, doch muß auf die ehebaldigste Schaffung eines Investitionsbegünstigungsgesetzes hingearbeitet werden, das in einem bedeutsamen Maße auch den Städtischen Unternehmungen insofern zugute kommt, als größere Beträge des Gewinnes als steuerfreie Rücklagen auf mehrere Jahre verteilt werden können. Vom Standpunkt der Verwaltung der Städtischen Unternehmungen aus, die Körperschaftsteuer zahlen, müssen wir verlangen, daß der Herr Finanzminister sein Augenmerk so bald wie möglich einem Investitionsbegünstigungsgesetz zuwendet.

Bei der Abstimmung werden zunächst die Ansätze der Verwaltungsgruppe XII einschließlich der wirtschaftlichen Unternehmungen einstimmig angenommen.

Die Anträge Lauscher und Nathschläger werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeleitet.

Sodann wird der Rechnungsabschluß des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg für das Jahr 1946/47, über die Amtsführender Stadtrat Dr. Exel unter einem referiert hatte, gleichfalls einstimmig angenommen.

Nun gelangte das Kapitel Bilanz und Bedeckung zur Verhandlung. Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) stellte einige Anträge, u.zw. verlangte er die Genehmigung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1949 und die Zustimmung zur Deckung des Gebarungsabganges durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen und allenfalls durch eine Kreditoperation. Ausserdem solle er ermächtigt werden, Ausgabenansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert. Er verlangte weiterhin die Genehmigung des Sondervoranschlages des Wiener Sportfonds.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) sprach als einziger Redner in der Debatte. Es sei lobenswert, dass bei einzelnen Geschäftsgruppen für den Wiederaufbau grössere Beträge eingesetzt wurden als die zuständigen Stadträte selbst verlangt haben. StR. Resch hat ihnen nun aber mitgeteilt, dass die Gelder momentan nicht flüssig gemacht werden können. Der Redner könne sich des Eindruckes nicht erwehren, dass für die Wahlpropaganda höhere Ziffern eingesetzt wurden.

Zu dem Antrag des StR. Resch betreffend Sperrung von Ausgabenansätzen stellte der Redner einen Zusatzantrag, welcher lautet: "Die Sperrung von Ausgabenansätzen ist unverzüglich den verfassungsmässig zuständigen Körperschaften zur Beschlussfassung vorzulegen."

StR. Resch erwiderte auf die Ausführungen des GR. Dr. Soswinski und erklärte, zum zweitenmal in dieser Budgetverhandlung, daß er eine etwa notwendig werdende Sperrung von Ausgabenposten schon ^{den zuständigen Körperschaften bekannt} vorher, zumindest aber nachher geben werde. Die Behauptung, Budgetziffern zu Wahlzwecken zu mißbrauchen, wies StR. Resch energisch zurück. Wenn sich die Einnahmen weiterhin so entwickeln, so hofft der Referent, keine zusätzlichen Sperren mehr vornehmen zu müssen sondern einen wesentlichen Teil der bisherigen Sperren aufheben zu können. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden das Kapitel Bilanz und Bedeckung einstimmig angenommen und der Zusatzantrag Dr. Soswinski abgelehnt.

Zum Abschluß der Budgetberatungen ergriff Bürgermeister Dr. h. c. Körner das Wort. Er dankte dem Amtsführenden Stadtrat Resch, der die Hauptarbeit zur Erstellung des Budgets geleistet hat, sowie allen anderen Amtsführenden Stadträten.

Dann sprach der Bürgermeister allen Mitgliedern des Gemeinderates, die eine gründliche, sachliche und ehrliche Kritik an dem Voranschlag ausgeübt haben, sowie den einzelnen Ausschüssen seinen Dank aus. Er stellte fest, daß er aus dieser Kritik viele Anregungen geschöpft hat und versuchen wird, diese in die Tat umzusetzen. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß jeder einzelne hier im Saal sein Bestes hergegeben hat. "Wenn hier öfter das Wort von der Schicksalsgemeinschaft gefallen ist", betonte der Bürgermeister, "so möchte ich meinen, wir sind alle drei Parteien eine Schicksalsgemeinschaft. Und wenn auch viel Kritik von kommunistischer Seite geübt wird, so beweist doch ihre Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages, daß sie der Gemeinschaft verbunden ist!"

Ferner schloß der Bürgermeister alle Bezirksvorsteher und sämtliche Beamte der Stadt Wien in seinen Dank ein und dankte auch der Wiener Bevölkerung, daß sie ihren Vertretern das Vertrauen geschenkt hat. Er versicherte, daß der Gemeinderat nach seinem Vermögen das Beste tun wird.

Hierauf schließt der Bürgermeister die Sitzung. Damit sind die Beratungen über die Ansätze des Voranschlages für das Jahr 1949 zu Ende.

Hierauf hielt der Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Neubauer eine kurze formale Sitzung ab, bei der der Vorsitzende mitteilte, daß die aufliegende Tagesordnung morgen **Donnerstag**, um 11 Uhr vormittag, erledigt wird. Im Anschluß daran wird noch einmal der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung stehen 16 Geschäftsstücke.

(Schluß der heutigen Sitzung um 14 Uhr.)

Gründung der Wiener Stadtwerke

=====

In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde nach einem Referat des Stadtrat Dr. Exel die Errichtung der Wiener Stadtwerke beschlossen. So wie in den meisten grösseren Städten Österreichs werden nunmehr auch in Wien die grossen Unternehmungen und zwar die Wiener Elektrizitätswerke, die Wiener Gaswerke und die Wiener Verkehrsbetriebe organisatorisch zu einem Unternehmen, den Wiener Stadtwerken, zusammengefasst werden. Durch diese Massnahme soll eine weitgehende einheitliche Lenkung des Personals, Vereinheitlichung des Einkaufes, sowie eine Vereinheitlichung in der Betriebsführung erreicht werden. Die betriebstechnische und wirtschaftliche Führung der nunmehr in den Stadtwerken zusammengefassten städtischen Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe verbleibt weiterhin den betreffenden Direktionen.

Die Verkehrsbetriebe zu den Feiertagen

=====

Samstag, den 25. Dezember, (Christtag) und Samstag, den 1. Jänner/^{Neujahr} gilt auf der Strassenbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Sonn- und Feiertagsfahrkarte zu einem Schilling im Tarifgebiet I oder II und die Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus- (Obus-) Wochenkarte haben daher Gültigkeit. Auf den Strecken der Linien 317, Essling - Gross-Enzersdorf, und 360, Mauer-Mödling, gilt der Fahrpreis von 55 Groschen beim Schaffner bzw. 53 Groschen im Vorverkauf.

Die Vorverkaufsstellen sind am 24. Dezember von 6.30 bis 14 Uhr, am 1. und 2. Jänner von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am 25. und 26. Dezember bleiben die Vorverkaufsstellen geschlossen.

Ausgabe von Tabakwaren

=====

Für Wien, Niederösterreich und das Burgenland werden folgende Abschnitte der Raucherkarte 49 aufgerufen.

R 1 zum Bezug von 10 Stück Zigaretten der Sorte "Austria 3" oder "Austria C",

R/2, R/3, R/4 zum Bezug von je 10 Stück Zigaretten "Austria C".

An Stelle der Zigaretten können Zigarren nur auf den Abschnitt R/1 und Tabak nur auf die Abschnitte R/2, R/3 und R/4, soweit es die Vorratslage gestattet, zu den bisherigen Abgabemengen bezogen werden. Zigaretten der übrigen Sorten und Schnupftabak werden punktefrei abgegeben.

Die aufgerufenen Abschnitte verfallen mit Ende der 49. Versorgungsperiode.

Pferdemarkt vom 21. Dezember

=====

Aufgetrieben wurden 45 Gebrauchspferde, 12 Schlächterpferde, zusammen 57. Bezahlt wurden für leichte Zugpferde Klasse Ia 4000 bis 6000 Schilling, Klasse IIa 2000 bis 4000 Schilling. Schwere Zugpferde ohne Notierung. Für Schlächterpferde wurde bezahlt für 1 kg Lebendgewicht, amtlicher Höchstpreis 2.30 bis 3.10 Schilling. Der Marktverkehr für Gebrauchspferde war schleppend, für Schlächterpferde flau.

Herkunft der Tiere: Wien 11, Niederösterreich 17, Oberösterreich 28, Salzburg 1.

Gleichenfeier im Stadionbad

=====

Das im Kriege völlig abgebrannte Stadionbad wird nun unter Anwendung modernster Baumethoden wieder aufgebaut und wird schon zu Beginn der nächsten Badesaison den Betrieb aufnehmen. Diese Badanlage wird im Vergleich zu den einstigen Objekten noch beträchtlich erweitert und modernisiert. An Stelle der abgebrannten 500 Holzkabinen werden 1.100 durch Torkret-Wände getrennte Kabinen errichtet. Dieses neuartige Baumaterial, zwei Zentimeter

starke Betonplatten, hat unter anderem auch den Vorteil, daß es gegenüber der Holzverschalung um die Hälfte billiger ist. Die Zahl der Kästchen wird von 2.800 auf 3.400 erhöht und das beliebte Sonnenbad um 1000 Quadratmeter vergrößert, so daß es einen Fassungsraum für 700 Personen bieten wird. Die Magistratsabteilung für Nutzbauten, die diesen Bau durchführt, hat damit einen bemerkenswerten Leistungsrekord erreicht: Seit Beginn des zweiten Bauabschnittes im Oktober dieses Jahres wurde die Stahlkonstruktion so weit hergestellt, daß heute nachmittag bereits die Gleichfeier begangen werden konnte.

Vizebürgermeister Honay sprach zu den Wiener Symphonikern
=====

Heute vormittag begrüßte das neue Präsidium der Wiener Symphoniker im Konzerthaus die Mitglieder des Orchesters. Der Präsident, Vizebürgermeister Honay, überbrachte dem Orchester auch im Namen des Vizepräsidenten, Vizebürgermeister Weinberger, die besten Wünsche der neuen Leitung. Er verwies in einer kurzen Ansprache auf das künstlerische Ansehen, das sich die Wiener Symphoniker bereits erringen konnten und bezeichnete es als Ziel und Aufgabe des Vereines, jene künstlerischen, vor allem aber auch wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, um dem Orchester zu Weltgeltung zu verhelfen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die großen Erfolge, die sich das Orchester auf Auslandsreisen, besonders im Vorjahr in der Schweiz, verschaffen konnte.

Soloflötist Schönfeld begrüßte namens des Orchestervorstandes die neue Vereinsleitung und versicherte diese der getreuen Mitarbeit. Bei der Begrüßung waren der Vorsitzende des Direktorsrates, Senatsrat Dr. Kraus, und dessen Stellvertreter, Sektionsrat Dr. Lafite, anwesend.